

Israelreport

5 | 2010

Das Magazin von Israelnetz. Berichte und Hintergründe aus Israel und dem Nahen Osten

A photograph of two men in dark suits and ties sitting in a room with wood-paneled walls. The man on the left has white hair and glasses, while the man on the right has grey hair. They are both looking towards the right. A green fern is visible in the foreground.

Ratlos in Washington

Editorial

Verhandeln ist sinnvoll



Liebe Freunde,

viele Bibelleser halten jede Beschäftigung mit den Nahostfriedensverhandlungen für überflüssig. „Es wird sowieso kommen, wie es kommen muss“, lautet die Argumentation, und: „Muss es nicht zu einem großen Krieg kommen, bevor der Herr sein Reich aufrichtet?! Warum soll man dann jetzt Bemühungen um einen Frieden unterstützen? Und schließlich: Wird das nicht sowieso ein falscher Frieden sein?!“ – Aber: Ist das wirklich von der Bibel geprägtes Denken?

Um eines vorwegzunehmen: Ich glaube nicht, dass Politiker durch ihre Anstrengungen ein messianisches Friedensreich aufrichten können. Löwen werden so lange Lämmer und andere unschuldige Pflanzenfresser fressen, bis der Messias Frieden gebieten wird. Aber bis dahin ist Prüfzeit, für die ganz bestimmte ethische Maßstäbe gelten. Da sind zum Beispiel die Versprechen Jesu für „die Sanftmütigen“, für „die da hungert und dürstet nach Gerechtigkeit“, für „die Barmherzigen“ und für „die Friedfertigen“ (Matthäus 5,1ff).

Ganz gewiss wird der Messias sein Volk einmal fragen, wie es mit den Fremdlingen in seiner Mitte umgegangen ist; ob es sich daran erinnert hat, dass es selbst einmal Fremdling war, und ob es tatsächlich zum Licht für die Heiden geworden ist. Aber dann wird er, davon bin ich überzeugt, auch diejenigen zur Rechenschaft ziehen, die Hass und Gewalt gesät, hinterhältig unhaltbare Versprechungen gemacht, mit gezinkten Karten gespielt und unter Vorspiegelung falscher Tatsachen ihre Interessen verfolgt haben.

Im Gleichnis „von den anvertrauten Zentnern“ (Matthäus 25,14ff) erklärt Jesus, dass jeder einmal von Gott gefragt werden wird, was er mit seinen Gaben gemacht hat. Das gilt für das jüdische Volk – aber auch für diejenigen, die Unsummen an Entwicklungsgeldern verschwenden und gleichzeitig aus ihrer angeblichen Not eine Show machen. Das gilt für all jene, die unendliche Reichtümer aus dem Wüstensand gewonnen

und sinnlos verprasst haben, ohne auch nur einen Gedanken daran zu verschwenden, wie man damit sinnvoll helfen könnte.

Wenn ich die Bibel recht verstehe, dann gibt es im Reich Gottes keine Zuschauer. Das bedeutet, dass auch diejenigen Politiker zur Rechenschaft gezogen werden, die ungerecht Druck ausgeübt, durch sinnloses Politengagement von den eigentlichen Problemen abgelenkt und mit zweierlei Maß gemessen haben. Dann können sich aber auch die so genannten einfachen Leute nicht aus der Verantwortung ziehen, wenn sie sich naiv von Propaganda haben verleiten lassen und ach so lieb gewordenen Klischees nachgelaufen sind. Übrigens: Auch wer sein Pfund vergräbt oder ganz objektiv meint, durch Nichtstun unschuldig zu bleiben, wird das erklären müssen.

Orientierung finden wir, wenn wir uns mit dem Zeitgeschehen befassen – und dann vor allem neben der Zeitung die Bibel aufschlagen. Lesen Sie die Bibel! Einfluss nehmen wir, wenn wir uns Zeit für Stille nehmen und unsere Gedanken im Gebet vor unseren Vater im Himmel bringen. Es sind die Beter, die die Welt verändern. Wir wollen Ihnen helfen, das Geschehen hier im Nahen Osten besser zu verstehen. Aber während die Politiker verhandeln, lassen Sie uns nicht vergessen, die Hände zu falten, um mit dem Schöpfer der Welt zu verhandeln. Das sind Gespräche, die sich in jedem Falle lohnen!

Mit herzlichem Schalom grüße ich Sie aus Jerusalem,

Ihr Johannes Gerloff

Inhalt

Editorial:	Verhandeln ist sinnvoll	2
Titel:	Alter Wein in neue Schläuche?	3
	Skeptisch hoffnungsvoll	5
	Wie jüdisch ist Israel?	6
Debatte:	Ersatztheologie und christliche Israelhetze	8
Interview:	Was ist „Islamismus“?	10
Biographie:	Wiesenthal: Jäger und Gejagter	11
Islam:	Jerusalem und die Muslime	12
Rezension:	DIG-Präsident im Selbstporträt	14
Kommentar:	Israel und Ägypten	15

Impressum
Herausgeber:
Christlicher Medienverbund KEP e.V.
Postfach 1869, D-35528 Wetzlar
Telefon (0 64 41) 9 15 151 | Telefax (0 64 41) 9 15 157
www.israelnetz.com
editor@israelnetz.com | gerloff@kep.de (J. Gerloff)
Bankverbindung
Konto: 40983210, BLZ: 519 900 00,
Volksbank Mittelhessen eG
Vorsitzende Margarete Hühnerbein
Geschäftsführer Wolfgang Baake
Redaktion Andreas W. Quiring (Redaktionsleiter),
Johannes Gerloff, Elisabeth Hausen, Dana Nowak,
Egmond Prill, Ulrich W. Sahn, Jörn Schumacher
Der Israelreport erscheint als Beilage des
Christlichen Medienmagazins pro.
Titelfoto: picture alliance

Titel

Alter Wein in neue Schläuche?

Analyse zum Neubeginn des Friedensprozesses

Am 2. September haben Israelis und Palästinenser ihre direkten Friedensverhandlungen wieder aufgenommen. Doch die anfängliche Euphorie war bereits nach wenigen Wochen getrübt. Streitpunkt ist die Bautätigkeit in den israelischen Siedlungen. || Johannes Gerloff



Netanjahu, Clinton und Abbas (v.l.) bei der zweiten Verhandlungsrunde in Scharm el-Scheich

Foto: picture alliance

Israels Premierminister Benjamin Netanjahu äußerte sich Anfang September in seinem wöchentlichen Kabinettskommuniqué zufrieden darüber, dass er in Washington ein langes Gespräch unter vier Augen mit Abu Masen - so der Nom de guerre des palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas - führen konnte. „Für ein praktikables Abkommen müssen wir über neue Lösungen für alte Probleme nachdenken“, wird Netanjahu von israelischen Zeitungen zitiert, und: „Ich bin bereit für einen Kompromiss mit unseren Nachbarn und Sorge mich gleichzeitig um unsere nationalen Sicherheitsinteressen.“ Im Vorfeld der Gespräche hatte der israelische Ver-

teidigungsminister Ehud Barak durchblicken lassen, die arabischen Viertel Jerusalems würden Teil eines künftigen Palästinenserstaates werden. Die Heiligen Stätten sollten einem „speziellen Regime“ unterstellt werden. Vorstellungen, die schon im Jahr 2000 kursierten, als Barak Premierminister war, im Juli desselben Jahres enttäuscht aus Camp David zurückkehrte und das Land der Al-Aksa-Intifada entgegenschlitterte. Heute ist Netanjahu überzeugt, ein Abkommen mit den Palästinensern werde Abkommen mit anderen arabischen Staaten nach sich ziehen.

Aus israelischer Sicht sind die Parameter für ein Abkommen mit den Palästinensern klar:

- » zwei Staaten für zwei Völker,
- » ein Ende des Konflikts und aller weiteren Forderungen,
- » eine Grenze, die das Land Israel teilt,
- » auf der einen Seite eine massive jüdische Bevölkerungsmehrheit,
- » auf der anderen Seite ein demilitarisierter palästinensischer Staat,
- » die großen Siedlungsblöcke bleiben in israelischer Hand,
- » palästinensische Flüchtlinge werden entschädigt oder im Palästinenserstaat angesiedelt,
- » ein umfassendes Netz von Sicherheitsvorkehrungen,
- » und eine Lösung des Jerusalemproblems.

All das ist nicht neu, sondern eher kalter Kaffee von gestern, an den man sich inzwischen so sehr gewöhnt hat, dass selbst der Rechtspolitiker Netanjahu nicht mehr von „Judäa und Samaria“, sondern ganz unbefangen und ideologisch vollkommen inkorrekt von der „Westbank“ spricht, wenn er die umstrittenen Gebiete meint.

Außenminister widerspricht Regierungschef

Ein Teil der Kabinettsminister Israels unterstützt ihre Regierungsspitze in den Bemühungen, dem Friedensprozess neuen Impetus zu verleihen - aber nicht alle. Koalitionspartner Avigdor Lieberman, der nach wie vor Außenminister ist, auch wenn er als solcher de facto zumindest gegenüber westlichen oder arabischen Ländern kaum in Erscheinung tritt, bezeichnete die Wiederaufnahme der Gespräche als Frühgeburt, die beide Seiten gefährde. „Es wird keinen Frieden geben, weder im kommenden Jahr, noch in dieser Generation“, stellt er mit viel prophetischer Selbstsicherheit fest und wirft Netanjahu vor, Illusionen zu verbreiten. Lieberman hält die Palästinensische Autonomiebehörde für friedensunfähig - erwartet allerdings auch nicht, dass sie zur Gewalt zurückkehren wird.

Die hebräische Tageszeitung „Ma'ariv“ schloss sich der Meinung Liebermans an und äußerte Zweifel daran, dass die Friedensgespräche von Erfolg gekrönt sein werden: „Netanjahus Maximalposition reicht nicht an die Minimalforderungen der Palästinenser.“ Abbas wird nach Ansicht des Blattes nicht weniger akzeptieren können, als das, was Ehud Barak und Ehud Olmert geboten und die Palästinenser

als unzureichend abgelehnt hätten. Und Netanjahu werde jetzt auch nicht mehr bieten können. Im besten Falle könne unter amerikanischem Druck ein palästinensischer Staat mit zeitweiligen Grenzen erreicht werden, wie er etwa im zweiten Stadium der Roadmap vorgesehen sei.

Während die israelische Führung unter Netanjahu viel Optimismus verbreitete, waren die Töne aus Ramallah von Anfang an zurückhaltend. Präsident Abbas meinte nur, die Zeit werde erweisen müssen, ob Netanjahu tatsächlich seinen Standpunkt verändert hat. Bei einem Zwischenstopp auf dem Rückweg aus den USA erklärte er in Libyen, die Palästinenser würden keinerlei israelische Präsenz in Palästina - sei die nun zivil oder militärisch - akzeptieren. Für Israel andererseits ist die Präsenz von internationalen Streitkräften in der Westbank als Sicherheitsgarant undenkbar. Zu oft sind sie geflohen, wenn es ernst wurde - zuletzt die Beobachter am Grenzübergang zwischen dem Gazastreifen und Ägypten. Wer also soll für den demilitarisierten Status eines palästinensischen Staates bürgen, wenn gleichzeitig dessen absolute Souveränität eingefordert wird?

Arabische Liga reagiert positiv

Erstaunlich positiv äußerte sich der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Mussa. Auf dem Ambrosetti Forum in Italien kommentierte der ägyptische Diplomat, der eigentlich für seine schroffen Äußerungen in Richtung Israel bekannt ist, eine Rede des israelischen Staatspräsidenten Schimon Peres ungewöhnlich aufgeschlossen. Für den Fall, dass es zu einem Friedensabkommen und einem unabhängigen Palästina in den Grenzen von 1967 mit Hauptstadt Jerusalem kommen

sollte, versprach er eine völlige Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und der islamischen Welt.

Wie berechtigt diese Euphorie ist und wie Netanjahus neue Ideen für alte Herausforderungen aussehen, wird die Zukunft zeigen müssen. Eine zweite Gesprächsrunde fand jedenfalls Mitte September in Scharm el-Scheich auf der ägyptischen Sinaihalbinsel statt. US-Außenministerin Hillary Clinton war dabei. Doch schon dreieinhalb Wochen nach dem ersten Treffen in Washington endete der israelische Siedlungsbaustopp im Westjordanland, dessen Verlängerung Abbas zuvor zur Bedingung für die Fortsetzung der Gespräche gemacht hatte. Israelische Politiker werfen den Palästinensern hingegen vor, dass sie sich während des zehntonatigen Baustopps verweigert hätten, obgleich Israel deren Bedingung für direkte Verhandlungen erfüllt habe. Es sei nicht akzeptabel, dass sie jetzt eine Verlängerung als ultimative Bedingung für Verhandlungen stellen.

Ein Endstatusabkommen, das von allen möglichen Seiten immer wieder ins Gespräch gebracht wird, scheint momentan vor allem aufgrund der Konstellation in der palästinensischen Gesellschaft undenkbar. Zu tief ist der Spalt in der palästinensischen Gesellschaft, zu unüberwindlich die Kluft zwischen Fatah und Hamas, zu weit die Entfernung zwischen Gaza und Ramallah. Solange eine palästinensische Führung nicht eindeutig demokratisch legitimiert ist und zweifelsfrei für die überwältigende Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung sprechen kann, ist höchstens ein vorläufiges Abkommen möglich. Auch der Streit um den Siedlungsbau ist noch nicht geklärt. Insofern ist die kritische Frage nach den neuen Ideen berechtigt - oder ob hier einfach nur der alte, mittlerweile unappetitliche Wein in neue Schläuche gefüllt werden soll? ||

Anzeige



Aktuelle Nachrichten aus Israel - täglich am Telefon und als Podcast.

➔ **Telefon (06441) 915 139**

Hören Sie jeden Werktag aktuelle Nachrichten aus Israel und dem Nahen Osten.

➔ **www.audio.israelnetz.com**

Im Internet hören Sie neben den täglichen Nachrichten auch die Gesprächsreihe „Brennpunkt Nahost“ mit unserem Korrespondenten Johannes Gerloff.



Titel

Skeptisch hoffnungsvoll

Schlomo Avineri ist skeptisch - nicht weil er grundsätzlich gegen ein Abkommen mit den Palästinensern wäre, sondern weil er die Realität sieht. Er gehört zu denen, die Verhandlungen mit der PLO bereits befürwortet haben, als das noch ein Tabu in der israelischen Gesellschaft war. || Johannes Gerloff

An einem Punkt zumindest ist der Politikprofessor, der unter Jitzhak Rabin als Generaldirektor das israelische Außenministerium geleitet hat, ganz undiplomatisch: „Ich denke, es sollte nicht einen einzigen jüdischen Siedler im Westjordanland geben. Dass

auf Seiten Israels unerreichbar weit von der moderatesten palästinensischen Einstellung entfernt liegen. Der Politikprofessor war 1979 maßgeblich an den ägyptisch-israelischen Verhandlungen beteiligt. Nach dem Fall des Kommunismus engagierte er sich in Projekten zu Förde-

rung und die Palästinensische Autonomiebehörde annehmbar wäre.“

Trotzdem ist Avineri nicht pessimistisch. Verhandlungen sind seiner Meinung nach nicht vergeblich. Auch wenn sie kein Abkommen erreichen, helfen sie, die andere Seite zu entdämonisieren. „Sehen Sie Zy-



Foto: Johannes Gerloff

Der Politologe Schlomo Avineri ist skeptisch, hält aber Verhandlungen für sinnvoll.

„Ich kann mir momentan kein Rahmenabkommen vorstellen, das für eine israelische Regierung und die Palästinensische Autonomiebehörde annehmbar wäre.“

die dort sind, ist moralisch falsch, diplomatisch falsch und politisch falsch!“

Siebzehn Jahre israelisch-palästinensische Verhandlungen sieht Avineri keineswegs als verlorene Zeit. Allen Beteiligten ist heute klar, worum es geht. Allerdings sei auch zu bedenken, warum zwei Jahre intensiver Gespräche zwischen Ehud Olmert und Abu Masen kein Ergebnis gezeitigt hätten - obwohl sich beide Seiten so nah waren, wie sie das in absehbarer Zeit wohl nicht mehr sein würden. Und obwohl beide Seiten innenpolitisch davon profitiert hätten.

Es geht um Grenzen, Siedlungen, Jerusalem, Sicherheit und Flüchtlinge. Doch in all diesen Fragen sind die Gräben zwischen Israelis und Palästinensern so tief, dass die größtmöglichen Zugeständnisse

der Demokratisierung in Ungarn, der Tschechoslowakei, Estland, Kroatien, Rumänien, Serbien, dem Kosovo, Georgien und Aserbaidschan.

Er will die Problematik verdeutlichen: „Eine Grenzziehung entsprechend den Waffenstillstandslinien von vor 1967, wie das palästinensischen Forderungen und europäischen Vorstellungen entspräche, würde bedeuten, dass Israel eine halbe Million Menschen umsiedeln müsste, sieben Prozent seiner Bevölkerung! Im besten Fall wird das Jahre brauchen - wenn es überhaupt möglich ist.“ Auf keinen Fall wird das ein Stück Papier zustande bringen, und auch nicht der gute Wille eines amerikanischen Präsidenten: „Ich kann mir momentan kein Rahmenabkommen vorstellen, das für eine israelische Regie-

pern. Dort verhandeln Griechen und Türken seit fast 40 Jahren und haben noch immer kein Abkommen erreicht“, erinnert der Professor an einen Konflikt, in dem auf der einen Seite die NATO, auf der anderen Seite die EU steht. „Aber die Atmosphäre heute ist eine ganz andere, als vor 40 Jahren, weil die Leute miteinander reden, weil sie einander kennen und um die Schmerzgrenzen des anderen wissen.“ „Die Alternative ist niemals ganz scharf zwischen Krieg und Frieden. Es gibt sehr viel dazwischen“, weiß Avineri, und: „Man kann viel unter dem Radar tun, auch ohne eine politische Lösung. Geben Sie mir fünf Jahre Zypern, in denen nicht geschossen und niemand getötet wird. Vielleicht schafft das eine Atmosphäre, in der sich heute festgefahrene Positionen bewegen können.“ ||

Titel

Wie jüdisch ist Israel?

Eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Israel ein jüdischer Staat ist. Am 29. November 1947 hatte die Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 181 „die Teilung des britisch verwalteten Mandats Palästina in einen jüdischen Staat und einen arabischen Staat“ beschlossen; mit immerhin 33 Ja-Stimmen, bei 13 Nein-Stimmen und zehn Enthaltungen. Eine klare Mehrheit. || Johannes Gerloff

Damit folgte die damals junge UNO einem Beschluss der Konferenz im italienischen San Remo vom April 1920, eine nationale Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina zu schaffen. „Dass UNO-Resolutionen missachtet werden“, meint der israelische Politologe Schlomo Avineri im Rückblick auf die Entstehung des Staates Israel, „ist normal. Aber die Resolution 181 ist die

nichtungskrieg reagiert haben, ist mehr als ein halbes Jahrhundert her. 1988 hat sich die PLO offiziell mit der Existenz des Staates Israel abgefunden, um die Anerkennung der USA zu erhalten. 1993 haben sich die Erzfeinde, Israelis und Palästinenser, vor aller Welt die Hand geschüttelt und einander anerkannt. So konnte Jasser Arafat in die umstrittenen Gebiete übersiedeln und Präsident wer-

jüdischen Nation“ fordert. Interessant sind die Aufregung und Vehemenz, mit der die arabische Welt das Ansinnen des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu ablehnt.

Die Palästinenser sprechen zwar von einer „Zweistaatenlösung“ und sind für die Gründung eines „palästinensischen Staates“ neben dem bereits bestehenden Staat Israel. Aber der auf israelischer



Fotos: Israelreport

Die Menorah vor der Knesset verdeutlicht den jüdischen Charakter des Staates Israel

einzige, die von einer Seite mit Krieg beantwortet wurde. Das ist außergewöhnlich und bemerkenswert.“

Doch dass Araber auf die Gründung eines jüdischen Staates mit einem Ver-

den. Insofern hätte es eigentlich eine Lappalie sein müssen, wenn die israelische Regierung jetzt von ihren palästinensischen Verhandlungspartnern eine Anerkennung Israels als Staat „der

Seite unvermeidliche Zusatz zu „zwei Staaten“, nämlich: „für zwei Völker“, fehlt auf arabischer Seite. „Ich höre etwas von zwei Staaten“, berichtete Netanjahu seinem Kabinett zu Beginn der drit-

ten Septemberwoche von den Verhandlungen mit den palästinensischen Nachbarn, „aber ich höre nichts von zwei Völkern.“

Zwei Staaten für ein Volk?

„Zwei Staaten“ fordert die allmächtige Kombination von Zeitgeist und Political Correctness. Deshalb ließe sich gegenwärtig auf der internationalen Bühne etwas anderes gar nicht durchsetzen. Könnte es sein, dass sich die palästinensischen Unterhändler die Option offen halten wollen, diese beiden Staaten nicht etwa für „zwei Völker“ zu haben, sondern letztendlich nur für ein Volk, eben das palästinensische oder, je nach ideologischer Festlegung, gar nur für die islamische Umma? Wutschnaubend soll der palästinensische Premier Salam Fajjad den Raum verlassen haben, als Israels Vizeaußenminister Dani Ajalon die Anerkennung der Formel „zwei Staaten für zwei Völker“ forderte.

Religion unterschieden hat. Soziale Stereotypen haben es Einzelnen sehr schwer, wenn nicht unmöglich gemacht, Mitglied einer anderen Religion zu werden und dabei Teil des jüdischen Volkes zu bleiben. Gleichzeitig war es unmöglich, gesetzestreu, gläubiger Jude zu sein, ohne zum jüdischen Volk zu gehören.

Wer heute fordert, Israel müsse „ein Staat für alle seine Bürger“ werden und seine explizit jüdische Definition aufgeben, fordert damit die Annullierung des israelischen Rückkehrgesetzes. Bei der Diskussion um den „jüdischen Staat“ gegen den „Staat für alle seine Bürger“ geht es weder um Staatssymbole noch um gesetzliche Feiertage, nicht einmal um die Finanzierung religiöser Einrichtungen. Es geht einzig um die Frage, wer in den Staat Israel einwandern darf und damit letztlich darum, dass das Land als Demokratie mit einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit Zukunft hat.

„Die arabisch-israelische Bevölkerung ist eine demografische Herausforderung für den jüdischen Staat Israel.“ Das war klar, lange bevor der jordanische König Abdallah diesen Satz am 28. August in einem Interview mit dem israelischen Fernsehen ausgesprochen hat. 20,3 Prozent der israelischen Bevölkerung, oder genau 1.559.100 Menschen von insgesamt 7.645.000 Israelis, sind Araber. Eine jüdische Israelin hat im Laufe ihres Lebens im Durchschnitt 2,88 Kinder, während eine israelische Muslima 3,73 Kindern das Leben schenkt. Minderheit zu werden im eigenen Land ist das Schreckgespenst vieler jüdischer Israelis.

Angst vor Verlust des Rechtes auf Selbstbestimmung

Den jüdischen Charakter des Staates Israel bewahren wollte Ariel Scharon, als er seine Armee 2005 aus dem Gazastreifen abzog. An „Land für Frieden“ dachte damals in Israel schon lange niemand mehr. Es ging und geht darum, die Palästinenser los zu werden. Deshalb will heute eine Bevölkerungsmehrheit in Israel die Schaffung eines Staates für die Palästinenser. Das jüdische Volk hat Angst, sein Selbstbestimmungsrecht im Meer einer arabisch-islamischen Mehrheit und damit vielleicht sogar die Mög-

lichkeit, sich selbst zu verteidigen, zu verlieren.

Der Albtraum vom Apartheidstaat wird noch vergrößert durch die palästinensische Forderung eines Rechts auf Rückkehr. Dabei ist nicht umstritten, dass die palästinensische Diaspora, weltweit schätzungsweise zwischen drei und fünf Millionen Menschen, ein Recht haben sollte, in einen neu zu gründenden palästinensischen Staat einzuwandern. Das Rückkehrrecht, wie es selbst von gemäßigten Palästinensern propagiert wird, fordert eine Einwanderung arabischer Flüchtlinge und deren Nachkommen in den Staat Israel, was israelisch-jüdische Politiker durch das gesamte ideologische Spektrum hindurch vehement ablehnen, weil es schlicht demografischer Selbstmord für ihren Staat bedeutete.

Kritiker befürchten mit der Anerkennung eines Nationalstaates für das jüdische Volk „grünes Licht für Menschenrechtsverletzungen, sanktioniert durch die strikten, undemokratischen und offen fremdenfeindlichen Bestimmungen einer uralten, unreformierten und längst überholten Religion“, so die Israelin Ofra Yeshua-Lyth. Oder, um es mit den Worten eines arabischen Händlers aus der Altstadt von Jerusalem zu sagen: „Jetzt hat Netanjahu die Katze aus dem Sack gelassen. Wenn der seinen Judenstaat bekommt, kann er endlich alle Nichtjuden verjagen oder umbringen.“

„Das Herz des Konflikts“

Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu hat Mitte September in Washington das Fehlen einer Anerkennung Israels als jüdischer Staat als „Herz des israelisch-palästinensischen Konflikts“ bezeichnet. 77 Prozent der amerikanischen Wähler sind der Ansicht, ein Nahostfriedensabkommen müsse die Anerkennung eines Existenzrechts für Israel als jüdischer Staat enthalten. Trotzdem scheinen Beobachter in Europa und Amerika weder die Forderung der Israelis noch deren Ablehnung durch die Palästinenser wirklich ernst zu nehmen. Lebensraumversessen hält man dort die Siedlungsfrage für den eigentlichen Stolperstrick beim Nahostfriedenskonflikt und übersieht geflüchteten, zu welch unglaublichen Opfern Israel bereit ist, nur um seine „Jüdischkeit“ und damit seine Selbstbestimmung zu sichern. ||



Wenn ein Jude heute aus Amerika, Europa oder Asien in Israel eintrifft, bekommt er mehr oder weniger automatisch die israelische Staatsbürgerschaft. Theoretisch hat er sie bereits, wenn er nachweisen kann, dass er Jude ist. Rein rechtlich hat jeder Jude die israelische Staatsbürgerschaft mit der Geburt erworben. So der Sachverhalt nach dem israelischen Rückkehrgesetz. Vielen erscheint dabei problematisch, dass das Judentum nie zwischen Nation und

Klassische Ersatztheologie und christliche Israelhetze

Vom tiefen Süden bis in den hohen Norden der Bundesrepublik Deutschland ist seit einigen Monaten ein kontroverses Dokument im Gespräch, das seinen Ursprung im Heiligen Land hat. Es wird vom Ökumenischen Rat der Kirchen ausdrücklich unterstützt und von höchsten kirchlichen Repräsentanten empfohlen. Von der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi bis zum Evangelischen Missionswerk in Südwestdeutschland oder dem Jerusalemverein des Berliner Missionswerks wird es propagiert und wurde nun auch dem Weltkirchenrat in Genf vorgelegt: Das „Kairos-Palästina-Dokument“ (KPD). || Johannes Gerloff



Foto: Michael Debus

Die Grabeskirche in Jerusalem beherbergt verschiedene Konfessionen – einige unterstützen „Kairos-Palästina“.

Als „Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus dem Herzen des palästinensischen Leidens“ wurde es am 11. Dezember 2009 veröffentlicht, in ausdrücklicher Anlehnung an einen Appell südafrikanischer Kirchen aus dem Jahr 1985. Daher der Name „Kairos-Dokument“. Anfang der 1990er Jahre wurde in Südafrika das Apartheidsystem aufgelöst – nachdem es zuvor erfolgreich diskreditiert und delegitimiert worden war. Ähnlich wie Südafrika vor zwei Jahrzehnten soll heute der jüdische Staat Israel von Rassenhass, Diskriminierung und Brutalität geprägt sein. So wie einst die weiße Minderheit Südafrikas die schwarze Bevölkerungsmehrheit unterjochte – ideologisch getrieben und besessen von einem Gefühl der rassischen Überlegenheit, unterstützt von Polizei, Militär und Rechtsprechung – sollen heute die Juden Israels durch ihren Staat das palästinensische Volk unterdrücken. Das wird durch den Namen „Kairos-Palästina-Dokument“ suggeriert. Tatsache ist jedoch: Wer das moderne Israel mit dem Apartheidstaat Südafrika vergleicht, kennt entweder eines der beiden Länder im relevanten Zeitraum nicht – oder betreibt auf infame Art und Weise Hetze gegen das

jüdische Volk und seinen Staat im Nahen Osten.

Unter den Autoren des KPD tauchen Namen, wie der des ehemaligen lateinischen Patriarchen Michel Sabbah, des griechisch-orthodoxen Erzbischofs Atallah Hanna, des lutherischen Pfarrers Mitri Raheb, des anglikanischen Geistlichen Naim Ateek oder des akademischen Dekans des freikirchlichen Bethlehem Bible College, Yohana Katanacho, auf. Die vielfältige kirchliche Mitgliedschaft des Autorenteam will offensichtlich suggerieren, dass es eine überwältigende Mehrheit der palästinensischen Christenheit repräsentiert. Zudem wird das Papier mit einer „Einführung“ nahöstlicher Bischöfe verbreitet, so dass der Eindruck entsteht, eine ganze Reihe von Jerusalemer Kirchenführern unterstütze den Aufruf. Der Jerusalemer Neutestamentler Malcom Lowe hat jedoch überzeugend gezeigt, dass die Namen der Kirchenführer von den Herausgebern des KPD missbraucht wurden. Abgesehen vom lutherischen Bischof Munib A. Younan war kein anerkannter Leiter einer kirchlichen Gemeinschaft in Jerusalem an der Verfassung des Papiers beteiligt. Und Younan, der Ende Juli in Stuttgart zum Präsidenten des Lutherischen

Weltbundes gewählt wurde, hat seine anfänglich geleistete Unterschrift mittlerweile wieder zurückgezogen. Die Autoren des KPD sind durchweg für ihre politisch dezidierte und anti-israelische Einstellung bekannt.

Politpropaganda im frommen Gewand

So ist es kaum erstaunlich, dass das KPD letztendlich palästinensische Politpropaganda im frommen Gewand darstellt. In typischer Weise verkehrt es Ursache und Wirkung und erhebt gleichzeitig den Vorwurf, Israel betreibe diese Verdrehung. Die israelische Besatzung wird als Ursache aller Notstände im Nahen Osten angeprangert – ohne die ständige Weigerung der Araber, Israels Existenzrecht anzuerkennen, auch nur beiläufig zu erwähnen. Das palästinensische Flüchtlingselend wird beklagt – ohne die arabische Weigerung, sich humanitär um die Flüchtlinge zu kümmern, auch nur eines Wortes zu würdigen. Unerwähnt bleibt, dass Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre zwischen Israel und den arabischen Staaten de facto ein Bevölkerungsaustausch stattgefunden hat, wie zeitgleich in vielen Gegenden weltweit. Die „Mauer“ wird beklagt – ohne auch nur einen Gedanken daran zu verlieren, dass sie vielleicht eine Folge des palästinensischen Terrors gegen Israel sein könnte. Die Gaza-Blockade wird angeprangert – ohne deren Ursache, die Entführung des israelischen Soldaten Gilad Schalit und den ständigen Raketenbeschuss israelischer Städte und Dörfer, zu betrachten.

Ebenfalls typisch für die traditionelle palästinensische Politpropaganda sind die maßlose Übertreibung des eigenen Leidens und das Fehlen fast jeder Selbstkritik. Tatsache ist, dass die palästinensischen Christen im arabischen, im islamischen und erst recht weltweiten Vergleich beispiellose Chancen, finanzielle Ressourcen und internationale Aufmerksamkeit genießen. In keinem anderen Land des Nahen Ostens ist die absolute Zahl der Christen im vergangenen halben Jahrhundert so stark gestiegen wie in Israel. Nirgendwo in der islamischen Welt haben Christen so große Freiheiten, wie unter israelischer Besatzung.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Vergleich einer ursprünglichen, englischen Fassung des KPD vom 17.11.09 mit der endgültigen Version, die bis zum 11.12.09 unter Sperrfrist stand. Bei dieser Revision wurde jede noch erkennbare Form von Selbstkritik oder Verständnis für die israelische Seite ausgemerzt. Die deutsche Übersetzung schließlich – vom Sprachendienst des Ökumenischen Rats der Kirchen angefertigt – verschärft die Aussage des KPD noch einmal und ist vielleicht ein noch größerer Skandal als die ursprüngliche Erklärung der palästinensischen Christen selbst. Im Gegensatz zur deutschen Übersetzung zeigt die englische Version noch ein gewisses Verständnis für die Ängste der jüdischen Seite, lässt einen Hauch von palästinensisch-christlicher Selbstkritik erahnen und vermittelt das Gefühl, dass es für die Christen im Nahen Osten auch eine Bedrohung von Seiten der Moslems geben könnte.

Ein Frontalangriff wird auf den „biblischen Fundamentalismus“ „gewisser Theologen im Westen“ gefahren (Abschnitte 2.2.2; 2.3.3; 6.1). Dadurch wird jede Art von wortgetreuer Auslegung der Heiligen Schrift und jede christliche Unterstützung der Rückkehr des jüdischen Volkes in das Land seiner Väter delegitimiert. Zusammenfassend bleibt, dass das KPD unter dem Vorzeichen von „Glaube, Hoffnung, Liebe“ den jüdischen Staat Israel und seine christlichen Freunde weltweit dämonisiert.

Hochrangige Palästinenser, wie etwa Bernard Sabella von der Bethlehem University, die palästinensische Tourismusminis-

terin Chulud Daibes, die Evangelikalen Alex Awad vom Bethlehem Bible College und sein Neffe Sami Awad vom Holy Land Trust, aber auch eine ganze Reihe palästinensischer Parlamentarier haben sich mit dem Dokument durch ihre Unterschrift solidarisiert. Der evangelisch-lutherische Pfarrer Dschadallah Schihade aus Beit Dschalla, Gründer und Leiter der Abrahamsherberge, findet das KPD „sehr gut“ und steht „voll und ganz dahinter“! Drei Arbeitssitzungen für die Ausarbeitung des KPD fanden in der Abrahamsherberge statt – wie auf der Internetseite des Werkes nachzulesen ist.

Palästinensischer Terror wird im KPD als legitimer Widerstand gegen die israelische Besatzung – das angeblich alleinige Grundübel im Nahen Osten – sanktioniert. So wird etwa in Abschnitt 4.3 das Wort „Terrorismus“ in Anführungszeichen gesetzt. Wenn es keine israelische Besatzung mehr gebe, wird suggeriert, werde auch der legitime Widerstand dagegen verschwinden. Tatsache bleibt jedoch, dass es schon vor dem Sechstagekrieg arabischen Terror gegen Israel gab.

Klassisches Zeugnis für die Ersatztheologie

Das KPD ist ein klassisches Zeugnis für die Ersatztheologie, die in der Kirchengeschichte eine lange und einflussreiche Tradition hat. Alle biblischen Aussagen zum besonderen Verhältnis des Volkes Israel zum Gott der Bibel werden als „toter Buchstabe“ abqualifiziert. Ursprünglich Israel geltende Zusagen – wie etwa die Erwählung zum Volk Gottes oder die Landverheißung – wurden nach Ansicht der Autoren des KPD mit Christus auf alle Völker übertragen. So wird Israel enterbt, durch die Kirche ersetzt und damit das jüdische Volk seiner biblisch begründeten Qualitäten beraubt. Da Israel und dem jüdischen Volk keine gottgewollte Stellung mehr zugestanden wird, ist es nur konsequent, wenn das KPD die „israelische Besatzung palästinensischen Landes“ zur „Sünde gegen Gott und die Menschheit“ erklärt (2.5).

Politisch bestreitet das Dokument die Zweistaatenlösung und damit das Existenzrecht des jüdischen Staates Israel. Naim Ateeks Organisation „Sabeel“ wirbt weltweit dafür, dass die Zweistaatenlösung nicht umsetzbar und Gerechtigkeit nur erreichbar sei, wenn der Staat Israel in einem binationalen Staat mit arabischer Mehrheit aufgehe. Diese Einstellung kommt eindeutig im KPD zum Ausdruck (9.3). Gleichzeitig ignoriert das Papier die Negierung und existenzielle Bedrohung des Staates Israel seit seiner Gründung durch die arabische und islamische Welt bis heute vollständig.

Schließlich stellen die Verfasser des KPD nicht etwa in aller Bescheidenheit die eigene Situation und Sicht der Dinge zur Diskussion, sondern erheben geradezu fundamentalistisch den prophetischen Anspruch, die Stimme Gottes in Gegenwart und Zukunft zu tragen (3.4). Sie beanspruchen für sich selbst: „Wir meditieren und interpretieren die Schrift genau wie Jesus Christus das getan hat“ (2.2.1). Unter diesem Vorzeichen rufen sie Gemeindeglieder weltweit zu Boykottmaßnahmen gegen den Staat Israel auf. Dabei wird interessanterweise ein Boykottaufruf gegen alles, „was die Besatzung produziert“ (4.2.6), innerhalb des Papiers zu einer Forderung von „Wirtschaftssanktionen und Boykott Israels“ ganz allgemein ausgeweitet (7). ||

Der Text im Internet auf Deutsch:

www.kairospalestine.ps/sites/default/Documents/German.pdf

Was ist „Islamismus“?

Sie zählt zu den profiliertesten deutschen Islamwissenschaftlern, lehrt unter anderem an der Evangelisch-Theologischen Fakultät Leuven/Belgien und engagiert sich für Menschenrechte in islamischen Ländern. Prof. Dr. Christine Schirmacher erläutert im Gespräch mit Israelreport den Unterschied zwischen „Islamismus“ und „Islam“.

Israelreport: Sie haben Bücher mit dem Titel „Der Islam“ geschrieben. Wieso ist „Islamismus“ etwas anderes als Islam?

Christine Schirmacher: Unter „Islamismus“ versteht man Politik im Namen des Islam mit dem Ziel der Schaffung eines Staates unter der Herrschaft eines Kalifen. Islamisten fordern, dass - nach einer gewissen Übergangszeit - alle Bereiche der Gesellschaft wie das Eherecht oder das Strafrecht am religiösen Recht des Islam – der Scharia – ausgerichtet und die Lebensweise Muhammads im 7. Jahrhundert möglichst genau nachgeahmt werden. In einem solchen Staat ist natürlich für demokratische Freiheiten, Gleichberechtigung zwischen Muslimen und Nichtmuslimen oder auch zwischen Männern und Frauen kein Platz.

Kann man den Unterschied zwischen dem Islamismus und dem gewalttätigen islamischen Fundamentalismus auf einen kurzen Nenner bringen?

Islamisten benutzen nicht zwangsläufig Gewalt, sondern setzen auch auf Strategie, Einflussnahme, Wahlen, Finanzmittel, Bildungsinstitute oder Hilfeleistungen für Bedürftige, um für ihre Vorstellungen zu werben und ihre Auffassungen durchzusetzen. Allerdings ist die Grenze zum gewalttätigen Dschihadismus fließend, vor allem, weil die frühen Vordenker und Führer des Islamismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Gewaltanwendung in bestimmten Fällen nicht ausgeschlossen haben.

Sie beschreiben kenntnisreich die Vorgeschichte und Geschichte des Islamismus. Ist es aber für uns heute wirklich von Bedeutung, was islamische Theologen vor 50 bis 100 Jahren auf Arabisch geschrieben und gedacht haben?

Es ist für uns alle von großer Bedeutung, weil Vertreter und Bewegungen des Islamismus längst auch in Europa heimisch geworden sind. Die wichtigsten Werke ihrer religiös-politischen Führer sind auch in europäische Sprachen übersetzt und

haben Einfluss auf die muslimischen Gemeinschaften unter uns. Islamismus – das ist mitnichten ein Thema des Nahen Ostens, denn die weltanschauliche Auseinandersetzung findet längst mitten in Europa statt. Wer die Freiheiten und Errungenschaften unserer Demokratie wie etwa die Religionsfreiheit verteidigen will, kommt nicht daran vorbei, sich zuerst zu informieren und mit den Vordenkern des Islamismus zu beschäftigen.



Christine Schirmacher

Foto: IDea

Wie kommt es, dass die Öffentlichkeit sich dagegen erst seit dem 11. September 2001 dafür interessiert?

Ein Großteil der Öffentlichkeit hat den Islam so richtig erst nach dem 11.9.2001 wahrgenommen. Leider bestimmt noch immer häufig entweder Verharmlosung oder Panik das Bild, wenn es um eine Beschäftigung mit dem Islam geht. Eine sachliche, informierte und differenzierte Auseinandersetzung ist aber auch mit dem ideologischen Gedankengebäude des Islamismus dringend erforderlich, um zu verstehen, welche Ziele manche islamischen Organisationen für Europa verfolgen. Auch in der Integrationsdebatte muss dringend zur Kenntnis genommen werden, welche fatale Rolle der Abgrenzung und Integrationsverweigerung hiesige islamistische Gruppierungen spielen. Und nur so können Muslime von Islamisten unterschieden werden.

Wie sehen Sie die Zukunft des Islamismus?

Der Islamismus hat in den letzten 25 Jahren ungeheuer an Boden gewonnen, so

wohl in Europa als auch in den islamischen Herkunftsländern, von deren Entwicklungen die muslimische Gemeinschaft in Europa nicht abzukoppeln ist. Ein Grund dafür ist die tiefe Enttäuschung über die im Vergleich zur westlichen Welt immer stärker abfallenden islamisch geprägten Länder, was Wohlstand, Bildung, Fortschritt, Freiheitsrechte und politisches Gewicht angeht. Da der Islam gleichzeitig als die allen anderen überlegene Religion und Gesellschaftsordnung gepredigt wird, kann die Lösung aus islamistischer Sicht – nach fehlgeschlagenen Experimenten mit Sozialismus, Nationalismus oder Panarabismus – nur im Islam selbst liegen und in einer Rückkehr zu seiner umfassenden Praktizierung.

Was würden Sie Politikern in Deutschland raten?

Die Frage, ob diese oder jene muslimische Gruppierung oder einzelne Muslime sich in Deutschland integrieren möchten, sollten sie nicht an der Frage festmachen, ob sie sehr religiös sind oder nicht, und sie sollten von den Muslimen nicht verlangen, ihre Religiosität aufzugeben. Religiöse Muslime sind nicht per se Integrationsverweigerer und Begünstiger von Gewalt. Wichtig ist auch für die Politik, die Frage nach der Gültigkeit der Scharia im politischen und gesellschaftlichen Bereich nicht zu verdrängen, sondern offenzulegen und ihr entgegenzutreten. Islamisten werden in der Regel das Grundgesetz der Bundesrepublik nur vorübergehend akzeptieren können, da ihr Bezugspunkt die Scharia bleibt. Für politische Schariarechte darf in Deutschland kein Platz sein. ||



Christine Schirmacher: Islamismus – Wenn Religion zur Politik wird, Hänssler, 96 Seiten, 7,95 EUR, ISBN: 978-3-7751-5259-4.

Wiesenthal: Jäger und Gejagter

Er wurde bekannt als der „Nazi-Jäger“, als kompromissloser Kämpfer auf der Suche nach Verbrechern der NS-Zeit. Doch nach Ansicht des israelischen Historikers Tom Segev war Simon Wiesenthal selbst ein Gejagter, getrieben von dem Wunsch, die Verantwortlichen des Holocaust vor Gericht zu bringen – und von dem Schuldgefühl, das wie er viele Überlebende der Judenverfolgung empfanden. || Elisabeth Hausen

Er, der zeitlebens bemüht war, Unschuldige vor einer Bestrafung zu bewahren, bestrafte sich selbst für ein Verbrechen, das er nicht begangen hatte“, schreibt Segev in seiner neuen Wiesenthal-Biographie. Und der „Zeit“ sagte er in einem Interview: „Alle nannten ihn einen Jäger; tatsächlich war er der Gejagte, den die Schrecken der Vergangenheit verfolgten. Ich glaube, zu einem gewissen Grad hat er sich selbst bestrafen wollen. Dafür, dass er überlebt hatte.“

Simon Wiesenthal wurde am 31. Dezember 1908 als Sohn jüdischer Kaufleute in Buczacz nahe der heute ukrainischen Stadt Lviv (Lemberg) geboren. Das Gebiet gehörte damals zum Kaiserreich Österreich-Ungarn. 1936 heiratete er seine Jugendfreundin Cyla. Während der NS-Zeit wurde er von seiner Frau getrennt und überlebte mehrere Arbeits- und Konzentrationslager. Er verlor 89 Verwandte durch die Judenverfolgung. Auch Cyla hielt er für tot. Doch sie fanden sich wieder und bekamen 1946 eine Tochter, Paulinka, die heute in Israel lebt.

Kaum war er von den Amerikanern aus dem österreichischen KZ Mauthausen befreit worden, legte Wiesenthal schon eine erste Liste mit Kriegsverbrechern an. Fast bis zum Ende seines Lebens sollte er Namen aus allen möglichen Quellen sammeln. Besonders besessen war er von der Jagd nach Adolf Eichmann. Und so schildert Segev die Enttäuschung, wenn Wiesenthal israelischen oder anderen Behörden einen Hinweis auf Eichmanns möglichen Aufenthaltsort gab und keine Reaktion erhielt. Er selbst war bereits 1949 kurz davor, den SS-Obersturmbannführer in einer österreichischen Ortschaft festzunehmen. Doch dieser wurde gewarnt und floh nach Argentinien, wo ihn der Mossad auch dank Wiesenthals Hinweisen aufspürte. Weniger erfolgreich war hingegen die Suche nach anderen Nazis, wie dem KZ-Arzt Josef Mengele, der 1979 in Brasilien ertrank.

Neben der Jagd nach Naziverbrechern nehmen öffentliche Auseinandersetzungen mit Prominenten einen großen

TOM SEGEV
SIMON WIESENTHAL
DIE BIOGRAPHIE



Tom Segev, Simon Wiesenthal. Die Biographie, Aus dem Hebräischen von Markus Lemke, Siedler, 576 Seiten, EUR 29,95, ISBN: 978-3-88680-858-8

Raum in der Biographie ein. Segev beschreibt Wiesenthal als herrschsüchtig. Mit dem österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky trug der Zeitzeuge über Jahre hinweg einen Streit aus. „Da stießen zwei gewaltige jüdische Egos aufeinander“, sagte der Autor gegenüber der „Zeit“. „Diese Fehde war vermutlich unausweichlich. Das provinzielle Nachkriegs-Wien war für beide nicht groß genug.“

Außerdem geriet der „Nazi-Jäger“ mit dem Auschwitz-Überlebenden Elie Wiesel aneinander. Die beiden konkurrierten um den Friedensnobelpreis 1986 und veranstalteten einen regelrechten „Wahlkampf“. Wiesenthal rechnete schließlich damit, dass entweder alle beide oder nur er die Auszeichnung erhalten werde.

Dass Wiesel als alleiniger Preisträger bekannt gegeben wurde, habe ihn tief getroffen, schreibt Segev.

So groß Wiesenthals Misstrauen nach den Erlebnissen der Verfolgung war – er wies immer auf die „anständigen Deutschen“ der NS-Zeit hin. Zu ihnen gehörten seine Aufseher in einem Arbeitslager, die ihn gut behandelt hätten. Segev schreibt: „Es gebe keine ‚Kollektivschuld‘, verkündete er immer wieder, jeder Mensch sei nur nach seinen eigenen Taten zu beurteilen.“

Einen weiteren wichtigen Kampf führte Wiesenthal gegen die Verjährung von Naziverbrechen. Dafür bat er zahlreiche Prominente um Hilfe. Segev weist darauf hin, dass auch „ein Theologieprofessor namens Joseph Alois Ratzinger, der spätere Papst Benedikt XVI.“ dieses Anliegen unterstützte. Die Briefe übergab Wiesenthal an die Justizminister Deutschlands und Österreichs, außerdem veröffentlichte er sie in Buchform.

Der Autor Segev hat zahlreiche Quellen ausgewertet, unter anderem aus Wiesenthals Dokumentationszentrum in Wien. Entstanden ist ein spannendes Buch, das viele Aspekte eines widersprüchlichen Charakters erfasst und einem Mann ein Denkmal setzt, der nach unbeschreiblich furchtbaren Erfahrungen nicht nach Rache strebte, sondern nach Gerechtigkeit.

Im Alter von 97 Jahren starb Simon Wiesenthal am 20. September 2005 in Wien und wurde im israelischen Herzlija bestattet. „Ich denke, er wird als das Gewissen des Holocaust in Erinnerung bleiben“, sagte Rabbi Marvin Hier vom Simon-Wiesenthal-Zentrum in Los Angeles kurz nach seinem Tod. „Er war dazu bestimmt, die Täter des größten Verbrechens vor Gericht zu bringen.“ Und Segev bilanziert: „Als unermüdlicher Kämpfer gegen das Böse und zentrale Gestalt im Kampf für die Menschenrechte gelang es Wiesenthal, sich zu einer Person der Zeitgeschichte zu machen.“ ||

Hintergrund Islam

Jerusalem und die Muslime

Jerusalem, im Arabischen „al-Quds“ („Die Heilige“), wird im Koran nicht namentlich erwähnt. Dennoch betonen viele Muslime – nicht zuletzt im Kontext des Nahostkonflikts – die große Bedeutung der Stadt für den islamischen Glauben und beschreiben Jerusalem gar als dritthöchstes Heiligtum nach Mekka und Medina. || Carsten Polanz

In der Frühzeit seiner Verkündigung war Muhammad um die Anerkennung durch Christen und Juden auf der arabischen Halbinsel bemüht. Er war davon überzeugt, mit seinem Aufruf zur Unterwerfung unter den einen allmächtigen Schöpfer- und Richtergott dieselbe Botschaft zu verkündigen wie die jüdisch-christlichen Propheten vor ihm. So übernahm er zunächst zahlreiche Bräuche des jüdischen Glaubens und betete mit seinen ersten Anhängern Richtung Jerusalem. Nachdem die Juden jedoch seinen

Der Wechsel der Gebetsrichtung markierte den Wandel in der Beziehung Muhammads zu den Juden. Fortan betonte er stärker die Unterschiede zwischen dem jüdischen und dem muslimischen Glauben. Aus seiner Perspektive hatten die Juden (wie die Christen) die Schriften verdreht und den wahren Glauben verfälscht. Die biblischen Propheten vor Muhammad werden im Koran folglich zu Muslimen erklärt. Der Islam war insofern die vollkommene Urreligion des Menschen und Muhammad ihr letzter Gesandter mit der abschlie-

sich Muslime keineswegs sicher, was mit der „fernen Moschee“ gemeint war. Der Bezug zu Jerusalem schien wenig plausibel, da es dort zur Entstehungszeit des Verses weder Anhänger Muhammads noch eine Moschee gab und das Gebiet um Jerusalem in Sure 30,2 gerade nicht als fern, sondern als „nächstliegend“ beschrieben wird. Zwischen 689 und 692 erbauten jedoch die Herrscher der Umayyaden-Dynastie auf dem Tempelberg (al-Haram al-Scharif) erst den Felsendom und 715 eine Moschee auf dem Tempelberg und nannten sie Al-Masjid al-Aqsa („Die ferne Moschee“). Der Anlass für die Bauten ging möglicherweise auf eine politische Rivalität zurück. Der in Damaskus residierende umayyadische Kalif Abd al-Malik Ibn Marwan fürchtete den Einfluss seines mächtigen mekkanischen Kontrahenten Ibn az-Zubayr. Er verbot seinen Untertanen für die Zeit des Konflikts die Pilgerreise nach Mekka und wertete die religiöse Bedeutung Jerusalems auf. Einer anderen Theorie zufolge wollte Abd al-Malik vor allem den muslimischen Anspruch auf das „Heilige Land“ gegenüber Juden und Christen unterstreichen. Mit dem Bau begann die Verbreitung entsprechender Überlieferungen und Schriften, die die Vorzüge Jerusalems priesen.

Für die Mehrheit der späteren Ausleger war mit Blick auf die nun existierende Moschee sicher, dass Muhammads Nachtreise nach Jerusalem führte. Anschließend soll er bei der so genannten Himmelsreise mit göttlichen Gaben für seine weitere Mission ausgestattet worden sein. Unter anderem soll er bei seinem Aufstieg in den Himmel Abraham, Mose und Jesus begegnet sein und alle drei als Vorbeter (Imam) im Gebet geleitet haben. Aus muslimischer Sicht belegen die beiden Ereignisse die Einheit der Offenbarungen mit allen vorangegangenen. Zudem beginnt damit aus Sicht muslimischer Gelehrter die weltweite Durchsetzung der islamischen Botschaft gegenüber allen anderen Religionen. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass Muslime in der weiteren Geschichte vor allem



Foto: Israelreport

Der islamische Felsendom dominiert das Stadtbild von Jerusalem

prophetischen Anspruch wiederholt abgelehnt hatten, forderte Muhammad seine Anhänger auf, fortan Richtung Mekka zu beten. Dort befand sich die Kaaba, eine vorislamische Kultstätte, die Muhammad später zum (ur)islamischen Zentralheiligtum erklärte. Kritiker warfen ihm daher die Unbeständigkeit seiner Botschaft vor. Aus koranischer Perspektive hatte Gott jedoch die Gläubigen nur auf ihren Gehorsam gegenüber den Propheten prüfen wollen und eine Offenbarung (Gebetsrichtung Jerusalem) durch eine bessere (Gebetsrichtung Mekka) ersetzt. Jerusalem sollte jedoch später als erste Gebetsrichtung immer wieder angeführt werden, um Ansprüche auf die Stadt zu begründen.

henden Botschaft. Die zwei heiligsten Stätten des Islam wurden Muhammads Geburtsstadt Mekka und Medina, wo er die erste Moschee gründet hatte und begraben wurde. Historisch gesehen spielte Jerusalem in Muhammads Leben und beim Aufbau seiner islamischen Gemeinschaft (umma) keine Rolle.

Der rätselhafte Koranvers

Der Koran berichtet in Sure 17,1 lediglich von einer Nachtreise Muhammads, die ihn von der „heiligen Moschee“ (in Mekka) zur „fernen Moschee“ führte, deren Umgebung von Gott gesegnet sein soll. In den ersten Jahrzehnten nach Muhammads Tod waren

dann die religiöse Bedeutung Jerusalems betonten, wenn ihre politische Vorherrschaft über die Stadt gefährdet war. Auf einem der Traktate aus der Zeit der Kreuzzüge heißt es: „Jerusalem ist das Zentrum der Welt, jenes Stück Erde, das dem Paradies am nächsten liegt.“ Nach einer der bekanntesten Hadith-Sammlungen von al-Buchari soll Muhammad seinen Nachfolgern die Pilgerreise zu drei Gebetsstätten nahegelegt haben: Mekka, Medina und Jerusalem. Eine andere Überlieferung sagt aus: „Wer in Jerusalem betet, ist wie jemand, der im Himmel betet.“ Weiter heißt es in der Traditionsliteratur, dass am Tag der Auferstehung das islamische Zentralheiligtum Kaaba aus Mekka „nach Jerusalem geleitet“ und dort „willkommen heißen“ wird. Einer Überlieferung zufolge wäre es daher abgesehen von Muhammads Tod die zweitgrößte Katastrophe für den Islam, dass Jerusalem in die Hand der Ungläubigen fiel. Was ihre Wertschätzung durch die muslimischen Herrscher angeht, erlebte die Stadt jedoch im Laufe der Geschichte ein ständiges Auf und Ab.

Die al-Aqsa als Symbol islamischer Solidarität

Nach dem Zusammenbruch der Umayyaden-Dynastie 750 spielte Jerusalem zunächst keine große Rolle. Auch die Eroberung durch die Kreuzfahrer 1099 stieß auf keinen großen Widerstand. Erst im Zuge der Rückeroberung wurde wieder die religiöse Bedeutung Jerusalems mit den Überlieferungen über die „Vorzüge“ der Stadt gepriesen. Doch auch nach Saladins Rückeroberung geriet die Stadt wieder in Vergessenheit. Saladins Enkel trat sie in einer Art Tauschgeschäft 1229 an Kaiser Friedrich II. ab, bevor die Stadt 1244 wieder unter islamische Herrschaft kam. Insbesondere unter der Herrschaft der Osmanen (1517-1917) verkam sie jedoch zunehmend. Augenzeugen bedauerten ihre verlorene Größe. In der Zeit des britischen Protektorats in Palästina (1920-1948) verband der so genannte Mufti von Jerusalem, Scheich Muhammad Amin al-Husseini, die islamische Glorifizierung Jerusalems mit der von den Nationalsozialisten übernommenen antisemitischen Propaganda. Das haschemitische Königtum Jordaniens zeigte jedoch später keinerlei Interesse, die von ihm 1948 eingenommene Altstadt mit ihren islamischen Heiligtümern in politischer, kultureller oder religiöser Hinsicht zu fördern. Auch kein ausländischer arabischer Führer besuchte Jerusalem zwi-

schen 1948 und 1967, wie der Historiker Daniel Pipes feststellt.

Erst nachdem Israel im Sechstagekrieg von 1967 die Altstadt wieder unter seine Kontrolle gebracht hatte, wurden der Felsen und die al-Aqsa-Moschee für zahlreiche islamische Staaten zu einem wichtigen Symbol des Widerstandes. Die zeitgleich erstarkenden Reislamisierungsbewegungen solidarisierten sich immer stärker mit dem palästinensischen Widerstand und waren bemüht, die große Heiligkeit Jerusalems zu begründen. Der saudische König Faisal initiierte 1969 nach einem Brand in der al-Aqsa-Moschee die Gründung der Organisation Islamischer Konferenz, eines Zusammenschlusses von heute 57 islamischen Staaten, die sich sowohl die „Befreiung Jerusalems und der al-Aqsa von der zionistischen Besatzung“ als auch die Stärkung der innermuslimischen Solidarität auf die Fahnen geschrieben hat. Der Kampf um die „Befreiung Jerusalems“ wird somit zum größten gemeinsamen Nenner der weltweiten islamischen Gemeinschaft erklärt und die „al-Aqsa“ Symbol und Bezeichnung für zahlreiche Institutionen. Am 8. August 1979 rief der iranische Revolutionsführer Ayatollah Khomeini erstmals zu einem Al-Quds-Tag auf, um die „internationale muslimische Solidarität zur Unterstützung der legitimen Rechte des muslimischen palästinensischen Volkes [zu] erklären“. Muslimische Staaten, die Jerusalem vernachlässigen, verraten aus dieser Sicht den Islam. „Wenn man al-Aqsa zum Gespött macht, werden auch die heiligen Stätten in Mekka und Medina zum Gespött werden, denn es gibt eine Verbindung zwischen diesen Stätten, die nicht zerstört werden darf“, erklärte Scheich Yusuf Salameh, der palästinensische Minister für Stiftungsangelegenheiten, im November 2002.

Um den Anspruch auf Jerusalem zu unterstreichen, wurde aus Sicht des Historikers Yitzhak Reiter „die islamische und arabische Geschichte Jerusalems allmählich neu geschrieben“. In einer Studie für das Truman-Institut der Hebräischen Universität von Jerusalem analysiert Reiter die vorherrschende Argumentation der muslimischen Wortführer. Zum einen versuchen sie darzulegen, dass die Araber Jerusalem

bereits Jahrtausende vor den Israelis regiert hätten. Demnach waren die Jebusiter, die in Jerusalem vor der Eroberung durch König David lebten, ein alter arabischer Stamm. Zum anderen verweisen sie auf eine frühe islamische Überlieferung, nach der Adam als erster Mensch zunächst die Kaaba in Mekka und 40 Jahre später die al-Aqsa in Jerusalem errichtet haben soll. Andere Überlieferungen nennen Abraham als Erbauer der al-Aqsa. Beide biblischen Figuren werden damit nachträglich islamisiert und ihre Verbindung zum Judentum abgestritten. Den ersten und den zweiten Tempel sollen die Juden erfunden haben. Salomo und Herodes reparierten demnach allenfalls den bereits bestehenden arabischen Tempel. Auch die West- bzw. Klagemauer wird islamisiert. Ihre Heiligkeit wird mit einer Überlieferung begründet, nach der Muhammad dort sein pferdeähnliches Flugtier al-Buraq, mit dem er die Nachtreise unternommen hatte, angebunden haben soll.

Jerusalem als arabische Kulturhauptstadt?

Der in Katar lebende Ägypter Yusuf al-Qaradawi, der derzeit einflussreichste muslimische Gelehrte, gründete 2001 die „Al-Quds International Institution“. In der Abschlusserklärung ihrer Sitzung vom Januar 2010 riefen die Teilnehmer die Arabische Liga auf, Jerusalem zur dauerhaften arabischen Kulturhauptstadt zu ernennen, um eine stärkere Unterstützung der palästinensischen Angelegenheit in der arabischen Welt zu erreichen. Stimmen wie die des einflussreichen mittelalterlichen Gelehrten Ibn Taymiya, die die Heiligkeit Jerusalems als jüdisch-christliche Idee ablehnten und ganz offen von den rein politischen Gründen ihrer islamischen Aufwertung sprachen, werden dabei vollkommen ausgeblendet. So wird deutlich, dass die Bedeutung Jerusalems für Muslime durch das Wirken des politischen Islam erheblich zugenommen hat und es daher nicht verwunderlich ist, dass gerade Islamisten zu keinem Kompromiss in der „Palästinafrage“ bereit sind. ||

Neue Serie: Hintergrund Islam

„Berichte und Hintergründe aus Israel und dem Nahen Osten“, heißt es in der Unterzeile des Zeitschriftentitels von Israelreport. Mit der neuen Serie „Hintergrund Islam“ bietet die Redaktion zusätzliche Informationen an, die helfen, die Situation im Nahen Osten besser zu verstehen. Der Autor der Serie ist der Bonner Islamwissenschaftler Carsten Polanz.



SCHECHINGER Tours
Mit Schechinger-Tours nach Israel

Israelreise über den Jahreswechsel
mit Johannes Vogel (Bibel-Center Breckerfeld),
Walter und Marianne Schechinger (Sulz am Eck)
vom 27.12.10 – 06.01.2011

Israel-Schnäppchenreise
mit Wolfgang und Sieglinde Wangler (Pfalzgrafenweiler)
vom 04.02. – 11.02.11

Israel-Frühlingsreise
mit Walter und Marianne Schechinger (Sulz am Eck)
und Georg Turner (Bad Liebenzell)
vom 05.03. – 12.03.2011

Israel-Propheticon-Reise
mit Dr. Wolfgang Nestvogel (Hannover)
und Johannes Vogel (Bibel-Center Breckerfeld)
vom 21.03. – 28.03.2011

**Israelreise „Ostern in
Israel erleben“**
mit Johannes Vogel (Bibel-Center Breckerfeld),
Walter und Marianne Schechinger (Sulz am Eck)
vom 20.04. – 01.05.2011

Israel-Festreise-Pfingsten
mit Georg Turner (Bad Liebenzell),
Walter und Marianne Schechinger (Sulz am Eck)
vom 12.06. – 24.06.2011

**Israel-Erlebnisreise
„Wüste, Meer und mehr“**
mit Klaus Eberwein (Bibel-Center Breckerfeld),
Markus Schechinger (Sulz am Eck)
und Doro Schechinger (Jerusalem)
vom 31.07. – 10.08.2011

**Israel Kur- und Erholungsreise
zum Toten Meer**
mit Georg und Elisabeth Turner (Bad Liebenzell)
vom 16.10. – 30.10.2011

Israel-Inforeise
Für Pfarrer, Gruppenplaner und Verantwortliche
Zur Planung einer eigenen Gruppenreise.
31.01. – 07.02.2011

weitere Reisen in Planung...

BITTE FORDERN SIE UNSERE REISEPROSPEKTE KOSTENLOS AN!

SCHECHINGER Tours Walter Schechinger
Im Kloster 33 • D - 72218 Wildberg-Sulz am Eck • Tel. 07054-5287 • Fax 07054-7804
e-mail: info@schechingertours.de • www.schechinger-tours.de

Rezension

DIG-Präsident im Selbstporträt

In der NS-Zeit verhalfen seine Eltern Juden zur Flucht, nun ist er Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) und leitete neun Jahre lang die Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel. Über sein bewegtes Leben zwischen Mainz, Bonn und Jerusalem hat Johannes Gerster eine Autobiographie veröffentlicht.
|| Elisabeth Hausen

Wer sich für Politik interessiert, kommt in dem Buch „Nicht angepasst“ auf seine Kosten. Aus der Sicht des CDU-Mitglieds Gerster erfährt er Allgemeines und Interneta, Bündnisse und Intrigen aus Mainz oder Rheinland-Pfalz, aber auch aus dem Bund. Doch auch wer die Autobiographie zur Hand nimmt, weil er etwas über Israel erfahren möchte, wird schließlich fündig. Bereits in der ausführlichen Beschreibung seiner Jahre als aktiver CDU-Politiker blitzen Erlebnisse mit dem und im jüdischen Staat auf. So begleitete er deutsche Delegationen nach Israel und sorgte dafür, dass Marc Chagall die Fenster in der Mainzer Sankt Stefanskirche gestaltete. Was genau diese Affinität ausgelöst hat, teilt er allerdings nicht mit.

1997 übernahm Gerster die Leitung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem, wo er bis 2006 tätig war. Dort hatte er vor allem zwei Aufgaben. Zum einen initiierte er ein Konferenzzentrum für die Begegnung von Juden, Christen und Muslimen. Dieses wurde 2001 in der Nähe des King David-Hotels eingeweiht. Zum anderen sorgte er dafür, dass die Stiftung inoffizielle Arbeitsgruppen mit israelisch-palästinensischen Nichtregierungsorganisationen bildete und diese finanziell unterstützte. Der Politiker schildert Begegnungen mit prominenten und weniger bekannten Israelis und Palästinensern. Seine Ehefrau Regina sorgte dafür, dass sie immer ein gastfreies Zuhause hatten.

Selbstverständlich sind Gersters persönliche Erinnerungen an politische Ereignisse nicht objektiv. Auch stellt er seine eigenen Verdienste und die Fehler anderer häufig in den Vordergrund. Die zuweilen sehr umgangssprachliche Ausdrucksweise ist gewöhnungsbedürftig. Dennoch können seine Ausführungen den Horizont über einen Ausschnitt der deutschen und auch der israelischen Geschichte erweitern. ||



Johannes Gerster: Nicht angepasst.
Mein Leben zwischen Mainz, Bonn
und Jerusalem, Leinpfad, 328 Seiten,
19,90 EUR, ISBN 978-3-937782-95-9

Israel und Ägypten

Vor 40 Jahren wurde Sadat ägyptischer Präsident



Als im Herbst 1970 Anwar as-Sadat in Ägypten das Amt des Präsidenten übernahm, war der Frieden mit Israel in weiter Ferne. Der Sieg Israels im so genannten „Sechstagekrieg“ hatte die Welt ins Staunen und den Nahen Osten ins Trauma versetzt. Israel beherrschte Gebiete vom Suezkanal bis zum Golan, vom Mittelmehr bis zum Jordan. Dazu kam die Eroberung von Ostjerusalem mit der bedeutsamen Altstadt. Gerade Ägypten hatte als eine Hauptstreitmacht kläglich versagt und die größten Gebiete verloren. Der damalige Präsident Nasser und das Bündnis mit der Sowjetunion hatten verloren.

Nach dem Todes Nassers wurde Sadat kommissarisch zum Nachfolger bestimmt. Am 15. Oktober 1970 wurde er nach einer Volksabstimmung offiziell Ägyptens Präsident. Schon bald wurde sichtbar, dass Sadat die politische Richtung seines Landes ändern würde. Im Gegensatz zum Sozialismus-freudlichen Kurs des Vorgängers blickte er nach Europa, vor allem nach Amerika. Zwar irritierte er Freund und Feind mit dem Abschluss eines Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion im Mai 1972, doch die Ausweisung von geschätzten 15.000 Sowjet-Experten kurz darauf zeigte diesen Schwenk. Dieser ging unwiderruflich in Richtung Westen.

Auf dem Weg zum Frieden

Damit verbunden war die Hoffnung, dass vor allem die USA mit Druck auf Israel die Rückgabe des Sinai erwirken könnten. Mit dem „Jom-Kippur-Krieg“ vom Oktober 1973 versuchte Ägypten im Bündnis mit Syrien zunächst den ganz eigenen und direkten Weg zur Wiedergewinnung der Sinai-Halbinsel und zur Wiederherstellung der Ehre für die Armee. Israels nicht ganz leichter Sieg führte auf beiden Seiten zu neuen Erkenntnissen. Vor allem: Das Militär kann die Lage nicht endgültig klären.

So begaben sich Israel und Ägypten vorsichtig auf den Weg zur Verständigung. Mit der Formel „Land für Frieden“ hatte Israel schon nach 1967 signalisiert, dass es dem jüdisch geprägten Staat nicht um Landgewinn und „biblische Grenzen“, sondern um Stabilität und Sicherheit ging. Israels Kriege waren so gesehen „Überlebenskriege“. Henry Kissinger schreibt über Sadat: „Er war der einzige arabische Führer der damaligen Zeit, der verstand, dass für die Israelis das Problem des Friedens größtenteils psychologischer Natur war. Nachdem Israel seit seiner Gründung aufgrund der Nichtanerkennung durch seine Nachbarn quasi eine Ghetto-Existenz geführt hatte, war es nun bereit, einen hohen Preis für die immaterielle Werte der Anerkennung und diplomatischen Normalisierung zu zahlen.“ („Die Herausforderung Amerikas“ – Ullstein 2003, S. 200). Kissinger war es dann auch, der 1974 Sadat die Perspektive gab, dass ein schrittweiser Ausgleich mit Israel machbar sei. Am 9. November 1977

erklärte Sadat vor dem ägyptischen Parlament, er würde bis ans Ende der Welt und sogar in die Knesset Israels gehen, wenn so der Tod ägyptischer Soldaten vermeidbar werde. Nur zehn Tage später sprach Sadat in der Knesset in Jerusalem. Zum ersten Mal überhaupt anerkannte ein arabischer Staatsführer Israels Existenz. Sadat streckte seine Hand zum Frieden in Richtung Israel aus. Dort ergriff unter Vermittlung des US-Präsidenten Jimmy Carter Ministerpräsident Menachem Begin diese Hand. Im März 1979 wurde daraus der erste Friedensvertrag zwischen Israel und einem Nachbarstaat. Im April 1982 zogen die letzten israelischen Soldaten aus dem Sinai ab. Im Verhältnis zu Ägypten hatte Israels „Land für Frieden“ zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Bereits 1978 erhielten Sadat und Begin den Friedensnobelpreis. Auf seinem Weg zum Frieden konnte Sadat jedoch sein Volk kaum mitreißen und mitnehmen. Ägyptens Bevölkerung blieb abwartend und wurde in Teilen feindselig gegenüber dem Präsidenten. Während einer Militärparade am 6. Oktober 1981 wurde Anwar es-Sadat von Islamisten ermordet.

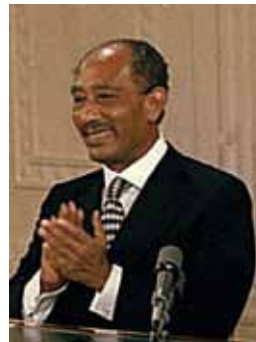


Foto: Israel National Photo Collection

Anwar es-Sadat

Zwischen Israel und Ägypten herrscht Friede, ein „kalter Friede“ wird er in Israel genannt. Sadats Nachfolger hat an diesem Frieden festgehalten. Die große Frage ist: Wer kommt nach Hosni Mubarak? Und noch mehr: Was wird kommen?

Einen Ausblick weit voraus gibt der Prophet Jesaja. Israel und Ägypten, das ist ein besonderes nahöstliches

Verhältnis. „Mizra'im“ war vorzeiten das Haus der Gefangenschaft Israels und zugleich der Raum, wo Israel zum Volk wurde. „Mizra'im“ – Ägypten wird am Ende der Zeit mit Israel zum Segen für die Welt.

„Zu der Zeit wird eine Straße sein von Ägypten nach Assyrien, dass die Assyrer nach Ägypten und die Ägypter nach Assyrien kommen und die Ägypter samt den Assyrern Gott dienen. Zu der Zeit wird Israel der dritte sein mit den Ägyptern und Assyrern, ein Segen mitten auf Erden; denn der HERR Zebaoth wird sie segnen und sprechen: Gesegnet bist du, Ägypten, mein Volk, und du, Assur, meiner Hände Werk, und du, Israel, mein Erbe!“ (Jesaja 19,23-25).

In Zukunft soll aus dem Pulverfass Nahost eine Region des Friedens werden. Von einer Straße ist die Rede, die quer durch den Orient führen soll. Von Ägypten bis Assur wird diese Straße Völker und Staaten verbinden. Und so heißt es: „Gesegnet bist du Ägypten, mein Volk!“ Ägypten als Volk Gottes, das ist neu. „Assur, meiner Hände Werk“, das ist großartig. „Israel, mein Erbe“, das ist die Erfüllung uralter Verheißungen. || Egmond Prill

Israelnetz - Nachrichten aus Israel und dem Nahen Osten
 Postfach 1869 | 35528 Wetzlar | Telefon (06441) 915 151 | Telefax (06441) 915 157
 www.israelnetz.com | info@israelnetz.com
 Israelnetz ist ein Arbeitsbereich des Christlichen Medienverbundes KEP.

Reisen

Mit Israelnetz ins Heilige Land

4.-16. Mai 2011

Kommen Sie mit nach Israel. Erleben Sie das Land in der schönsten Jahreszeit: Tage am See Genezareth und in Galiläa, der Heimat Jesu. Am Staatsgründungstag „Jom Ha'Atzmaut“ feiern wir mit den Israelis in der wunderbar gelegenen Stadt Haifa am Mittelmeer. Eilat am Roten Meer und die Wüste Negev, das Tote Meer und Qumran stehen im Reiseplan. Tage in Jerusalem runden diese besondere Israelreise ab.



Natürlich gehören Andachten, Abendthemen und Begegnungen zum Programm.

Reiseleitung und Begleitung: Egmond Prill

[Informationen/Anmeldung](#)

Israelnetz | Postfach 1869 | 35528 Wetzlar

Telefon (06441) 915 151

info@israelnetz.com

Eine Reise von Schechinger-Tours in Zusammenarbeit mit dem Christlichen Medienverbund KEP e.V.



Israel-Erlebnisreise

„Unterwegs in biblischen Landschaften“

3.-17. September 2011

Erleben Sie zwei entspannte Wochen in Israel. Auf fünf Stationen entdecken Sie Neues und Bekanntes im Heiligen Land. Unsere Ziele: Netanja | See Genezareth | Totes Meer | Eilat | Jerusalem. Begegnungen u.a. mit Johannes Gerloff.

Eine Reise des Christlichen Medienverbundes KEP und der Stiftung Marburger Medien unter der Leitung von Wolfgang Baake und Jürgen Mette.

[Informationen/Anmeldung](#)

Christlicher Medienverbund KEP
 Steinbühlstraße 3 | 35578 Wetzlar
 Telefon (06441) 915 151 | info@kep.de

Veranstaltungen

Israel-Tage in Jonsdorf

„Israel, Islam und die Christen“

18.-21. November 2010

Der lebendige Gott, in Liebe und Treue seinem Volk verbunden, hat Israel getragen und der Welt zum Segen gesetzt.

Es geht um die Lage des Staates Israel und die Konflikte zwischen Nil und Euphrat mit ihren politischen Ursachen und religiösen Prägungen. Bibelarbeiten und Vorträge von Egmond Prill.



[Anfragen / Anmeldung](#)

Christliche Ferienstätte HAUS GERTRUD

Großschönauer Straße 48

02796 Kurort Jonsdorf

Telefon 03 58 44 / 735-0

info@haus-gertrud.de

Israelnetz Kalender 2011



Israelnetz-Kalender 2011

Für das Jahr 2011 hat die Israelnetz-Redaktion für Sie wieder eine einzigartige Auswahl von interessanten Fotos aus dem Heiligen Land in einem ansprechenden und informativen Kalender zusammengestellt.

Der Israelnetz-Wandkalender hat ein Format von 48x34 cm, ist auf hochwertigem Papier gedruckt und exklusiv bei Israelnetz für 8,90 € zzgl. Versandkosten erhältlich.



➔ Bestellen Sie Ihr persönliches Exemplar per **Telefon (06441) 915 151**,
Telefax (06441) 915 157 oder im Internet: www.israelnetz.com oder www.pro-buch.net.

Israelreport

Ja, ich bestelle kostenlos den Israelreport.

Der Israelreport erscheint sechsmal jährlich kostenlos zusammen mit dem Christlichen Medienmagazin pro.

Bitte senden Sie mir den werktäglichen E-Mail-Newsletter von Israelnetz. (Bitte E-Mail-Adresse angeben!)

Name

Anschrift

PLZ | Ort

E-Mail



Bitte senden Sie das Formular per Post oder Fax an Israelnetz. Bestellung auch am Telefon unter: (06441) 915 151 oder im Internet: www.israelnetz.com.